

Elektronisch eingereicht

Bundesamt für Verkehr (BAV)  
Sektion Bewilligungen II  
Cindy Walter  
CH-3003 Bern

29. August 2025

## **VBZ; Wendeschleife Rehalp, Erweiterung und Instandsetzung Tramhaltestelle**

Sehr geehrte Frau Walter

Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) stellen Ihnen folgendes

### **P L A N G E N E H M I G U N S G E S U C H**

1. Es sei gestützt auf Art. 18 ff. des Eisenbahngesetzes (EBG) das Projekt VBZ; Wendeschleife Rehalp, Erweiterung und Instandsetzung Tramhaltestelle zu genehmigen.
2. Es sei die erforderliche Ausnahmegewilligung für die Überschreitung der maximalen Spaltabstände und Niveaudifferenzen gemäss der Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 vom 13. November 2014 (TSI PRM), Ziff. 4.2.2.11.1, sowie gemäss den Ausführungsbestimmungen zur EBV (AB-EBV), AB zu Art 34, Ziff. 3.1.1.2, zu erteilen.
3. Es sei eine Genehmigung im Einzelfall betreffend die Abweichung von den Abständen gemäss Leitungsverordnung (LeV) für Querungen von bahneigenen Kabelleitungen im Gleisbereich zu erteilen.
4. In verfahrensrechtlicher Hinsicht sei das ordentliche Plangenehmigungsverfahren



ren mit Enteignung festzulegen.

## B E G R Ü N D U N G

### A Bauvorhaben

- 1 Die VBZ planen die Erweiterung und Instandsetzung der bestehenden Wendeschleife Rehalp. Mit der zu erwartenden Nachfrageentwicklung im Gebiet Lengg, insbesondere infolge des geplanten Ausbaus des Standorts für die medizinische Versorgung im Kanton Zürich, soll auch die Kapazität des öffentlichen Verkehrs auf der Forchstrasse bis zum Bahnhof Stadelhofen erhöht werden. Ab 2026 soll deshalb die Linie 5 in den Hauptverkehrszeiten auch zwischen Bahnhof Stadelhofen und Rehalp verkehren. Damit der Betrieb sichergestellt werden kann und Behinderungen auf der Forchstrasse verhindert werden können, muss die Wendeschleife um ein zweites Gleis ergänzt und eine zweite Haltekante errichtet werden. Die Haltekanten werden teilerhöht ausgebildet, um den autonomen Zugang zu den Fahrzeugen zu gewährleisten.
- 2 Der Projektperimeter befindet sich zu einem Teil in der Gemeinde Zollikon. Damit die Anforderungen an die Gleisgeometrie und die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) erfüllt werden können, sind auch Anpassungen im öffentlichen Strassenraum, konkret an der kommunalen Sammelstrasse Schützenstrasse sowie an der Forchstrasse als Hauptverkehrsstrasse des Kantons Zürich, erforderlich. Im selben Zug plant die Gemeinde Zollikon eine neue Veloverbindung über von der Schützenstrasse über die heute bestehende Haltekante auf dem Areal der VBZ zur Forchstrasse.
- 3 Für die Realisierung des Projekts ist kein definitiver Landerwerb erforderlich. Temporär während der Bauzeit wird aber Privatland beansprucht, um die nötigen Anpassungs- und Wiederherstellungsmassnahmen auf dem benachbarten Privatgrundstück vornehmen zu können. Zudem kommen zwei unterirdische Mastfundamente sowie ein Mast inkl. Fundament auf anliegenden Nachbargrundstücken zu liegen. Die entsprechenden Rechte hierzu sind mit einer Dienstbarkeit zu sichern.
- 4 Für weitere Details wird auf die Unterlagen im Plangenehmigungsdossier verwiesen.

### B Rechtliches

- 5 Gemäss Art. 18 Abs. 1 EBG dürfen Bauten und Anlagen, die ganz oder überwiegend dem Bau und Betrieb einer Eisenbahn dienen, nur mit einer Plangenehmigung erstellt und geändert werden. Genehmigungsbehörde ist gemäss Art. 18 Abs. 2 EBG das Bundesamt für Verkehr (BAV).
- 6 Gemäss Art. 5 Abs. 2 Bst. b Eisenbahnverordnung (EBV) kann das BAV in Einzelfällen Abweichungen von Vorschriften der Verordnung oder der Ausführungsbestimmungen

bewilligen, wenn dadurch die Interoperabilität im nationalen Verkehr nicht beeinträchtigt wird, kein inakzeptables Risiko entsteht und alle verhältnismässigen risikoreduzierenden Massnahmen ergriffen werden. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse auf dem Areal der bestehenden Wendeschleife und der Begrenzung durch die umliegenden Strassen, den Friedhof Enzenbühl und Privatgrundstücke können die Gleise und die Haltekanten nur so angeordnet werden, dass die maximalen Spaltabstände und Niveaudifferenzen gemäss der Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 vom 13. November 2014 (TSI PRM), Ziff. 4.2.2.11.1, sowie gemäss den Ausführungsbestimmungen zur EBV (AB-EBV), AB zu Art 34, Ziff. 3.1.1.2, nicht bei allen Fahrzeugtüren eingehalten werden können. Für die Details wird auf das Dokument 02.01.00 des vorliegenden Plandossiers verwiesen.

- 7 Die Richtlinie BAV zu Artikel 3 der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen (RL VPVE) erläutert in Ziff. 36.3.1 die Möglichkeit einer unechten Ausnahme. Eine solche liegt vor, wenn die Abweichung von einer Vorschrift unter bestimmten Bedingungen bereits in der EBV oder den dazugehörigen Ausführungsbestimmungen vorgesehen ist. Vorliegend soll im Rahmen des in den Ausführungsbestimmungen zu Art. 44; AB 44.b, Ziff. 5, Vorgesehenen von den Abständen gemäss Leitungsverordnung (LeV; SR 734.31) abgewichen werden. Dies betrifft bahneigene Kabelleitungen im Gleisbereich. In Bezug auf die Erfüllung der Voraussetzungen für die beantragte Genehmigung wird auf das Dokument 02.02.00 des vorliegenden Plandossiers verwiesen.
- 8 Das ordentliche Plangenehmigungsverfahren wird angewendet, soweit nicht die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren vorliegen (Art. 18i EBG). Die Voraussetzungen für die Durchführung des vereinfachten Verfahrens sind vorliegend nicht gegeben.
- 9 Bei der eingereichten Planvorlage handelt es sich um ein Projekt der Verkehrsbetriebe Zürich (Bauherren), die das Projekt zum grössten Teil finanzieren.
- 10 Die Gemeinde Zollikon ist mit dem vorliegenden Projekt einverstanden. Am 25. Juni 2025 hat der Gemeinderat der Gemeinde Zollikon Folgendes beschlossen:
  1. Dem Projekt Wendeschleife Rehalp der VBZ wird zugestimmt.
  2. Für den neuen Parkplatz entlang der Schützenstrasse ist ein separates Baugesuch einzureichen.
  3. Der Innenbereich der Wendeschleife ist unter Berücksichtigung von biodiversen Gesichtspunkten zu gestalten. Die Gemeinde ist bei der Gestaltung miteinzubeziehen.
  4. Dieser Beschluss ist öffentlich.

Betroffene Gemeinden haben ihre Interessen mittels Einsprache innert der Auflagefrist zu wahren (Art. 18f Abs. 3 EBG). Unabhängig von einer allfälligen Einsprache der Gemeinde Zollikon beantragen die VBZ die Aufnahme des Beschlusses Nr. 3 als Auflage in die Plangenehmigung. Hinsichtlich des Beschlusses Nr. 2 wurde darauf verzichtet, den Parkplatz in die Plangenehmigungsunterlagen als Projektbestandteil aufzunehmen. Entsprechend ist dieser nicht Projektbestandteil und ist in einem allfälligen Bewilligungsverfahren nach kantonalem Recht zu bewilligen.

- 11 Wir bitten Sie höflich, sämtliche Korrespondenz während des Plangenehmigungsverfahrens an folgende Adresse zu richten:

Verkehrsbetriebe Zürich  
Rechtsdienst  
Valentina Lanz  
Luggwegstrasse 65  
8048 Zürich  
valentina.lanz@vbz.ch

Für projektspezifische und technische Fragen steht Ihnen der zuständige Projektleiter, Herr Riccardo Vegezzi, Tel. 044 411 48 38 / Mobile 078 833 22 50, E-Mail: [riccardo.vegezzi@vbz.ch](mailto:riccardo.vegezzi@vbz.ch) und für allfällige rechtliche Fragen die zuständige Juristin, Frau Valentina Lanz, Tel. 044 411 44 98, E-Mail: [valentina.lanz@vbz.ch](mailto:valentina.lanz@vbz.ch), zur Verfügung.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen sowie das beigelegte Plandossier ersuchen wir Sie, das eisenbahnrechtliche Plangenehmigungsverfahren durchzuführen und das Bauvorhaben zu genehmigen.

Für weitere ergänzende Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Valentina Lanz  
Juristin

Riccardo Vegezzi  
Projektleiter Fahrweg

Beilagen: Plangenehmigungsdossier elektronisch signiert